

# Schwedter Tageblatt

Veröffentlichungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Starnsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein beifügen.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 53

Freitag, den 2. März 1928

35. Jahrgang

## Chronik des Tages.

- Reichspräsident und Reichszankler haben der Reichsregierung für Heimatdienst anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens ehrende Glückwünsche ausgesprochen.
- Bizeadmiral von Trotha, der Chef des Stabes der deutschen Hochseeflotte im Weltkrieg, feierte am 1. März seinen 60. Geburtstag.
- Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm einen kommunistischen Antrag an, „noch heute“ dem Reichstag den Bericht des Sparkommissars über die Phoebus-Angelegenheit vorzulegen.
- In dem Berliner Werkzeugmacherstreik hat der Schlichter eingegriffen und Verhandlungen auf Freitag festgesetzt.
- Der italienische Befehlshaber der Stonzo-Front, Marschall Diaz, ist gestorben.

## Reichstag und Phoebus-Bericht.

Der Haushaltsausschuß verlangt die sofortige Vorlegung des Berichts des Reichsparkommissars. Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit der Unterfütterung der Phoebus-Film-Gesellschaft durch Kapitän Lohmann vom Reichswehrministerium und nahm mit 12 gegen 7 Stimmen einen kommunistischen Antrag an, „noch heute den Bericht des Reichsparkommissars über diese Angelegenheit dem Reichstag vorzulegen.“ Der Ausschussvorsitzende Heiman (Soz.) fragte den Reichswehrminister nach seiner Stellungnahme zu dem Beschluß.

Reichswehrminister Groener antwortete: „Ich werde den Beschluß der Regierung zur Kenntnis bringen. Ich selbst bin nicht in der Lage, dazu Stellung zu nehmen. Es wird Sache des Reichsparkommissars Sämisch sein, ob und in welcher Weise über das bisherige Untersuchungsergebnis etwas mitgeteilt werden kann. Die ganze Angelegenheit ist noch in Fluß. Die Abwicklung ist auf beiden Seiten noch nicht erledigt, so daß ein zugünstiger Bericht noch nicht gegeben werden kann.“

Eine Erklärung des Zentrums. Im Anschluß an den Minister erbat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Abg. v. Guérard das Wort und erklärte:

„Es handelt sich hier um eine politische Frage. Ob und wie der Kanzler sie beantworten wird, ist keine Angelegenheit. Wir können uns darüber als Fraktion nicht eher entscheiden, bis wir mit dem Kanzler gesprochen haben. Offenheit ist hier übrigens das einzig Zweckmäßige, um den Lärm, die darum gewußt haben, nicht die Möglichkeit weiterer Erpressung zu geben.“

Auf vollsparteilichen Antrag wurde darauf die Weiterberatung der Phoebus-Angelegenheit unterbrochen. Der Ausschuß wandte sich sodann der Beratung des Marinestats zu.

Freiherr von Richthofen (Dem.) beschwerte sich darüber, daß im Repräsentationsraum des Kreuzers „Berlin“ neben den Bildern des Reichspräsidenten und des Großadmirals v. Tirpitz, wogegen er nichts habe, die Bilder Ludendorffs und des Prinzen Heinrich von Preußen aufgehängt seien, noch dazu mit der Kennzeichnung „Admiral“ und „Cher Schwarzw-Weiß-Rot“. Reichswehrminister Groener bemerkte, daß diese Bilder ohne sein Zutun bereits entfernt worden seien.

Danach vertagte sich der Ausschuß.

## Die Not der Landwirtschaft.

Fortsetzung der Beratung des Stats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Berlin, den 1. März, 1928.

Der Reichstag setzt heute die gestern begonnene zweite Sitzung des Stats des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) bezeichnet das Kreditproblem als das Kernproblem der landwirtschaftlichen Krise. Wollte man das Kreditproblem lösen, brauche man einen jährlichen Aufwand von 200 Millionen Mark. Die Regierung beschränke sich auf eine Teillösung, der von ihr eingeschlagene Weg sei bedenklich. In der Verwendung der Maschinen sei die Landwirtschaft rückständig. Die Industriezweige seien zu hoch. Wenn der Acker nicht durch den westdeutschen Bauern erobert werde, seien er an Polen verloren.

Zugewiesen war von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag eingegangen. Abg. Puh (Kom.) meint, die Notlage der Kleinbauern sei weit größer als die der Großgrundbesitzer.

Abg. Aling (Barr. Bauernbund) bezeichnet die Aufnahme des zollfreien Gefrierfleischkontingents als notwendig.

Im übrigen sei das Notprogramm für die Rab. Mit Krediten sei den armen Bauern nicht mehr zu helfen. Die ganze durch den verlorenen Krieg entstandene Belastung werde jetzt von den armen Kleinrentnern und Kleinbauern getragen.

Abg. Kube sieht die Ursache der Not der Landwirtschaft in der Annahme des Dames-Paktcs. Seine Freunde würden dem Stat zustimmen.

Abg. Reichenhöfer (D.Dk.) macht die Erfüllungspolitik für die Not der Landwirtschaft verantwortlich. Abg. Seiffert (Volkrechtspartei) sieht eine der Hauptursachen der mangelnden Kreditfähigkeit der Landwirte in der Anwertungs-gesetzgebung, die eigentlich eine Entwertungsgesetzgebung gewesen sei. Abg. Döbrich (Christl. nationale Bauernpartei) erklärt, die Landwirtschaft leide ebenso wie andere Wirtschaftszweige darunter, daß wirtschaftliche Kräfte von den politischen Parteien nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt würden. Die deutsche Landwirtschaft habe heute weder eine Arbeitsrente, noch eine Kapitalrente. Darum sei auch die notwendige Siedlung praktisch unmöglich.

## Reichsernährungsminister Schiele

bepreißt die Objektivität, mit der Abg. Tempel das Realisierungsprogramm behandelt habe. Seine Forderung der Aufhebung der Futtermittelzölle habe er aber mit Zahlen begründet, die nicht mehr zuträfen. 1926 sei die Einfuhr ausländischer Futtermittel nur halb so groß gewesen. Die aktuelle Einfuhr von Mais und Futtermitteln würde für die deutsche Schweinehaltung wenig ins Gewicht fallen.

Der Landarbeiter jütlere keine Schweine mit inländischem Futter. Ihm würde man mit der Zulassung ausländischer Futtermittel nur eine schädigende Konkurrenz verschaffen. Die Rentenbank sei nur ein Nach-Kurs für die bestehenden landwirtschaftlichen Kreditinstitute. Es sei nicht richtig, daß der Kredit der Rentenbank vorwiegend dem Großgrundbesitz zugute komme. Das Programm der Sozialdemokratie erkläre zwar, daß die sozialistische Gesellschaft den Bauern ihr Eigentum sichert, aber der sozialdemokratische Agrarabstimmung Dr. Rade und auch Dr. Hilferding hätten doch eine Definition dafür gegeben, nach der die Sozialdemokratie den Bauern nur ein faktives Eigentum lassen wolle.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) weist die Angriffe zurück, die im Laufe der Debatte gegen die sozialdemokratische Agrarpolitik gerichtet worden sind.

Nächste Sitzung: Freitag. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Landwirtschaftsstats und die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

## Der Landtag zum Grubenunglück.

Trauerkundgebung für die verschütteten Bergleute der Zeche Ewald.

Berlin, den 1. März, 1928.

Der preussische Landtag nimmt heute seine Plenarberatungen wieder auf. Während die Abgeordneten sich von den Plätzen erheben macht Präsident Bartels Mitteilung von dem schweren Grubenunglück das sich auf der Zeche Ewald, Fortsetzung bei Recklinghausen ereignet hat und dem bisher 18 Bergleute als tote zum Opfer gefallen sind. Das Haus irtich tief erschüttert den Leidtragenden seine herzlichste Teilnahme aus. Während sämtliche Parteien in ehrfürchtigem Schweigen verharrten, erheben die Kommunisten plötzlich Lärm und rufen der Regierungsbank zu: „Das sind die Opfer des Profits. Durch Worte wird nichts gebessert.“ Abg. Sabotte (Kom.) verlangt die sofortige Debetzung des Handelsministers und erklärt, man könne Grubenunglücke nicht eher verhindern, ehe man nicht ausreichende Schutzmaßnahmen für die Arbeiter treffe. Bei der Befreiung des kommunistischen Antrags muß der Abg. Kaiser (Kom.) wegen seiner Ausführungen drei Mal zur Ordnung gerufen werden. Unter großem Lärm der Kommunisten wird nach Schluß der Besprechung der Antrag auf Herbeiführung des Handelsministers gegen die Antragsteller abgelehnt.

Abg. Jacobs (Soz.) erklärt unter großem Lärm der Kommunisten, er halte diese vorangegangene Ansprache als der Zoten nicht würdig. Seine Fraktion erliche in einer großen Aufgabe um Auskunft darüber, was das Staatsministerium zur Verhütung derartiger Seilschaftkatastrophen in Zukunft tun wolle. Die sofortige Ueberweisung der Vorlage an den Handelsausschuß icheilert, weil die Kommunisten Widerspruch erheben.

Das Haus wendet sich dann der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Zwischenkrediten bei Rentenquits-Gründungen zu.

Abg. Stendel (D. Sp.) stimmt der Vorlage zu und wendet sich gegen die sozialdemokratischen Reden im Reichstag. Abg. Wachel (Soz.) weist diese Vorwürfe zurück. Abg. Dr. Kaufhold (D.Dk.) fragt, ob es richtig sei, daß aus der Landkreditbank nur mit preussischen Mitteln aufstufende Siedlungen kreditiert werden sollten.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärt, es seien zwar genug Siedlungsorganisationen vorhanden, aber zu wenig Geld für Siedlungen. Von 1925 bis 1927 habe sich also die Zahl der Kreditbewerber verdoppelt, und zweifellos würden 1928 noch mehr Kreditbewerber

werden. Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität sei die oberste Voraussetzung für eine gesunde Siedlungswirtschaft.

Abg. Stendel (D. Sp.) stimmt dieser Ansicht des Ministers zu.

Das Haus wendet sich dann dem Haushalt des Staatsministeriums des Innern zu. Nach längerer Debatte wird die allgemeine Ansprache beendet, der Landtag tritt in die Einzelberatung und vertagt sich nach Ausbrennung mehrerer Abgeordneter auf Freitag.

## Die Stärke des französischen Heeres.

Der Gesetzentwurf über die Bestandsstände des Heeres von der Kammer einstimmig angenommen.

Die französische Kammer nahm einstimmig den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Grundform und die Bestandsstände des französischen Heeres an. Nach Mitteilung des Berichterstatters Accambray besteht das Friedensheer aus 527 769 Mann, nämlich 240 000 Franzosen, 95 000 Nordafrikanern, 84 000 Kolonialsoldaten und 106 000 Berufssoldaten. Der Berichterstatter meinte, diese Ziffern seien zwar hoch, aber nicht zu hoch, wenn man die Bedürfnisse der französischen Sicherheit und der Grenzverteidigung berücksichtige.

## Politische Rundschau.

Wie amtlich mitgeteilt wird, tritt es nicht zu, daß zur Durchführung der Landwirtschafts-Rothilfe ein besonderes Reichskommissariat mit Dr. Luther an der Spitze gebildet werden soll.

Bei der Beratung eines deutschen nationalen Antrages auf Wiedereinführung der aufgelösten Einwohnerwehr kam es im Danziger Volkstag zu Vermittlungen.

Urteilsfällung im Prozeß Wahren-Dörrfeld. Nach zweitägiger Verhandlung wurde im Belästigungsprozeß des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens Wahren gegen Pfarrer Dörrfeld, Bad Pyramont, vom Amtsgericht Hameln das Urteil verkündet. Der Angeklagte erhielt insgesamt 1000 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es, die Frage der Wahrung berechtigter Interessen sei zu verneinen. Der Angeklagte habe in keinem Falle den Wahrheitsbeweis antreten können.

## Ausland.

Der auswärtige Ausschuß des amerikanischen Senats hat den Schiedsvertrag mit Frankreich angenommen.

## Marschall Diaz †.

Wie aus Rom gemeldet wird, ist Marschall Diaz, der Führer des italienischen Kriegsheeres an der Stonzo-Front, gestorben. Der Marschall war seit zwei Tagen an Grippe erkrankt. Er erreichte ein Alter von 67 Jahren.

## Aus der Heimat.

Unsere Post wird modern. Am 1. März führte das hiesige Postamt eine Neuerung ein. Die Paketbestellung erfolgt nicht mehr mit dem schon jahrzehntlang bekannten Postwagen, sondern durch Auto. Ebenso geschieht die Beförderung der Pakete von und nach der Bahn mit dem Auto. Wieder muß ein altes Verkehrsmittel dem modernen Platz machen. Wer kennt nicht noch den Postwagen von früher mit dem Postkoffer und seinem Posthorn? Abends, wenn der Wagen von der Bahn kam, blies der Postkoffer vor dem Augustiner Tor auf seinem Horn, und weithin erschallten seine Melodien. Es sind dies alles längst verklungene Lieder, und nur die Erinnerung bleibt bestehen.

Bereitsweien. Der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein hält heute abend 8 Uhr im Hotel „Goldener Hirsch“ seine Jahreshauptversammlung ab. Um 8 1/2 Uhr findet ein Vortrag über praktischen Gartenbau statt.

Darf am Sonntag Flaschenbier verkauft werden? Vor der Strafkammer in Neuruppin hatte sich der Gastwirt Etchem aus Wittenberge wegen Gewerbetreibens zu verantworten. Er hatte an einem Sonntag Flaschenbier über die Straße verkauft und war vom Amtsgericht Wittenberge zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer zurückgewiesen. Nunmehr soll eine Entscheidung beim Kammergericht herbeigeführt werden.